

**Verbandssatzung
des
Abwasserzweckverbandes Unteres Leinetal
in der Fassung vom 29. März 2011**

Auf der Grundlage der §§ 26, 47, 48 und 61 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) vom 19. August 1993 (SächsGVBl. S. 815, 1103), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 15. Dezember 2010 (SächsGVBl. S. 387), in Verbindung mit § 63 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2004 (SächsGVBl. S. 482), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 2010 (SächsGVBl. S. 270), § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323) und § 8 Sächsisches Ausführungsgesetz zum Abwasserabgabengesetz (SächsAbwAG) vom 5. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 148, 167), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juli 2006 (SächsGVBl. S. 387) hat die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Unteres Leinetal am 29. März 2011 folgende Verbandssatzung als Neufassung der Verbandssatzung vom 14. Februar 2003 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 11. August 2010 beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Mitglieder, Name, Sitz und Gebiet des Zweckverbandes
- § 2 Aufgaben des Zweckverbandes
- § 3 Anlagen und Vermögen des Zweckverbandes
- § 4 Beteiligungsquoten
- § 5 Organe des Zweckverbandes
- § 6 Zusammensetzung der Verbandsversammlung
- § 7 Aufgaben und Zuständigkeiten der Verbandsversammlung
- § 8 Geschäftsgang, Beschlüsse und Wahlen der Verbandsversammlung
- § 9 Niederschrift
- § 10 Verbandsvorsitzender
- § 11 Bedienstete des Zweckverbandes
- § 12 Wirtschaftsführung
- § 13 Deckung des Finanzbedarfs
- § 14 Besondere Investitionsumlage für die Straßenentwässerung
- § 15 Besondere Betriebs- und Unterhaltungsumlage für die Straßenentwässerung
- § 16 Finanzbedarf, Allgemeine Umlage
- § 17 Änderung der Verbandssatzung
- § 18 Neuaufnahme, Ausscheiden und Ausschluss von Verbandsmitgliedern
- § 19 Vereinigung von Zweckverbänden
- § 20 Auflösung des Zweckverbandes
- § 21 Öffentliche Bekanntmachung und ortsübliche Bekanntgabe
- § 22 Ersatzbekanntmachung
- § 23 Notbekanntmachung
- § 24 Vollzug der Bekanntmachung
- § 25 Inkrafttreten

§ 1

Mitglieder, Name, Sitz und Gebiet des Zweckverbandes

- (1) Die Gemeinden Löbnitz und Schönwölkau sowie die Große Kreisstadt Delitzsch (im Folgenden „Verbandsmitglieder“ genannt) bilden einen Zweckverband i. S. v. § 44 SächsKomZG.
- (2) Der Zweckverband führt den Namen „Abwasserzweckverband Unteres Leinetal“.
- (3) Der Zweckverband hat seinen Sitz in Schönwölkau im Landkreis Nordsachsen und ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.
- (4) Das Verbandsgebiet des Zweckverbandes umfasst das gesamte Gemeindegebiet der Gemeinden Löbnitz und Schönwölkau sowie der Ortsteile (OT) Spröda und Poßdorf der Stadt Delitzsch.
- (5) Andere Gemeinden, Verwaltungsverbände, Landkreise und Zweckverbände oder andere Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts bzw. natürliche oder juristische Personen des Privatrechts können dem Zweckverband nach Maßgabe des § 44 SächsKomZG beitreten. Der Beitritt weiterer Verbandsmitglieder bedarf einer Änderung der Verbandssatzung. Über den Beitritt und die Beitrittsbedingungen (bsp. Beteiligungsquote und Auswirkungen auf das Stimmrecht) entscheidet die Verbandsversammlung.

§ 2

Aufgaben des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband erfüllt die Aufgabe der öffentlichen Abwasserbeseitigung im Sinne § 63 Absatz 1 SächsWG für und anstelle seiner Verbandsmitglieder in seinem Verbandsgebiet. Er hat zu diesem Zwecke nach Maßgabe der Erforderlichkeit und Wirtschaftlichkeit technische Anlagen und Einrichtungen der öffentlichen Abwasserentsorgung zu mieten oder zu leasen, zu erwerben, zu errichten, zu erweitern, zu erneuern, zu betreiben und zu unterhalten und die hierfür notwendigen materiellen und personellen Ressourcen zu beschaffen und vorzuhalten. Dabei anfallende Reststoffe sind einer Verwertung oder Beseitigung zuzuführen.
- (2) Der Zweckverband ist für die Verbandsmitglieder entsprechend § 8 Absatz 1 SächsAbwAG abgabepflichtig. Zur Deckung der dem Zweckverband dabei entstehenden Aufwendungen erhält er das Recht, entsprechend § 8 Absatz 2 SächsAbwAG von den jeweiligen Grundstückseigentümern eine Abgabe nach einer gesonderten Satzung zu erheben.
- (3) Der Zweckverband übernimmt auch die Aufgabe der Beseitigung des von den Straßen, Wegen und Plätzen abfließenden Niederschlagswassers, jedoch nur in den Fällen, wo er über Misch- oder Regenwasserkanäle entwässert. Er schließt mit den Trägern der Straßenbaulast von Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundes-, Staats- und Kreisstraßen Vereinbarungen, insbesondere bzgl. der Beteiligung des Trägers der Straßenbaulast an den Kosten der Herstellung oder Erneuerung dieser Anlagen, gemäß Ortsdurchfahrtsrichtlinie des Bundes bzw. gemäß § 23 Absatz 5 des Sächsischen Straßengesetzes (SächsStrG) ab.
- (4) Für die in der Unterhaltungslast der Verbandsmitglieder stehenden und an die Abwasseranlagen angeschlossenen Ortsdurchfahrten und Gemeindestraßen werden

bei der erstmaligen Herstellung und Erneuerung von Kanälen und sonstigen Abwasseranlagen, die auch der Beseitigung und Reinigung des Straßenoberflächenwassers dienen, von den Verbandsmitgliedern Kostenbeteiligungen gemäß §§ 13 ff. dieser Satzung erhoben.

- (5) Sämtliche Rechte und Pflichten der Verbandsmitglieder zur Abwasserbeseitigung und die hiermit verbundenen Befugnisse und Verpflichtungen gegenüber den Verbrauchern und Dritten gehen auf den Zweckverband über. Mit der Übertragung der Pflichtaufgabe der Abwasserbeseitigung übertragen die Verbandsmitglieder gemäß § 60 Absatz 3 SächsKomZG insbesondere auch das Recht, Satzungen für den Anschluss- und Benutzungszwang sowie für die Erhebung von Gebühren und Beiträgen zu erlassen oder Leistungen auf privatrechtlicher Basis mit den Benutzern zu regeln und abzurechnen.
- (6) Der Zweckverband kann Nichtmitgliedern Verträge zur Abwasserbeseitigung anbieten oder solche Angebote Dritter annehmen, sofern dies die Abwasserbeseitigungsstabilität im Verbandsgebiet nicht gefährdet, sondern diese vielmehr fördert und der besseren Auslastung vorhandener technischer und personeller Ressourcen dient. Kostenvorteile sind an die Nutzer der Einrichtung im Zuständigkeitsbereich des Zweckverbandes weiterzugeben.
- (7) Der Zweckverband kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen, soweit dies wirtschaftlich begründet ist.
- (8) Der Zweckverband verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.

§ 3

Anlagen und Vermögen des Zweckverbandes

- (1) Der Zweckverband übernimmt zum Zwecke der Aufgabenerfüllung sämtliches Anlagevermögen an technischen Einrichtungen der Abwasserbeseitigung von den Verbandsmitgliedern, soweit dies zur Erfüllung der Pflichtaufgabe erforderlich ist (im Folgenden „Anlagen“ genannt).
Von den Verbandsmitgliedern ab dem 01. Juli 1990 und vor Gründung des Zweckverbandes als Vollverband selbst hergestellte und aktivierte Anlagen nach Satz 1 werden zum Restbuchwert zu dem Zeitpunkt, als der Zweckverband Vollverband wurde, übernommen. Nicht aktivierte Anlagen werden zum Herstellungswert übernommen. Ertragszuschüsse und Zuweisungen für aktivierte Anlagen sind zum Auflösungsrest, Kapitalzuschüsse zum Nominalwert und die von den Anschlussnehmern geleisteten Hausanschlusskosten zum Restbuchwert in Abzug zu bringen. Werden die jeweiligen Werte von den Beteiligten nicht anerkannt, sind diese von einem unabhängigen Sachverständigen bindend festzustellen. Soweit das Verbandsmitglied die Vermögensgegenstände unentgeltlich erhalten hat, sind sie dem Zweckverband auch unentgeltlich zu übertragen. Vor dem 01. Juli 1990 von den Verbandsmitgliedern errichtete Anlagen werden unentgeltlich übernommen.
Der Zweckverband übernimmt weiterhin alle in diesem Zusammenhang durch die Verbandsmitglieder begründeten Verbindlichkeiten sowie der Erfüllung der Pflichtaufgabe geschuldeten Rechte und Pflichten gegenüber Dritten.
- (2) Der Zweckverband kann auch Anlagen Dritter zur Erfüllung seiner Aufgaben käuflich erwerben, pachten oder auf vertraglicher Basis betreiben sowie Verträge zur Betreibung von Anlagen abschließen.

- (3) Die Verbandsmitglieder sind verpflichtet, den Zweckverband bei der Durchführung seiner Aufgaben zu unterstützen und im Rahmen ihrer Zuständigkeit Amtshilfe zu leisten. Soweit erforderlich, haben die Verbandsmitglieder Gestattungs- und Wegenutzungsverträge und dergleichen zur grundbuchrechtlichen Sicherung der Anlagen abzuschließen. Sonstige nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmete, im Eigentum der Verbandsmitglieder stehende oder ihrer Verfügung unterliegende Grundstücke haben die Verbandsmitglieder dem Zweckverband für die Errichtung und den Betrieb dieser Anlagen ebenfalls kostenlos zur Verfügung zu stellen, soweit die Nutzung des Grundstückes nicht nennenswert beeinträchtigt wird. Die Verbandsmitglieder haben die Benutzungsrechte des Verbandes an öffentlichen Straßen und sonstigen Grundstücken auch bei einem Eigentumswechsel durch Eintragung einer Grunddienstbarkeit vor dem beabsichtigten Eigentumswechsel oder im notariell beglaubigten Vertrag über den Eigentumswechsel sicherzustellen. Über den beabsichtigten Eigentumswechsel bzw. den Inhalt des Notarvertrages hinsichtlich der Leitungsrechte ist der Zweckverband unverzüglich zu informieren. Die Kosten für die Eintragung der Grunddienstbarkeit übernimmt der Zweckverband.
- (4) Das für die einzelne Kläranlage jeweils genutzte Gelände ist Eigentum des Zweckverbandes.
- (5) Die Verbandsmitglieder räumen dem Zweckverband das Recht ein, die im Verbandsgebiet in ihrem Eigentum stehenden oder ihrer Verfügung unterliegenden öffentlichen Straßen (§ 2 SächsStrG) zur Errichtung und zum Betrieb von Abwasserbeseitigungsanlagen unentgeltlich zu nutzen. Der Zweckverband hat die Verkehrsräume und sonstigen Grundstücke nach Beendigung der Bauarbeiten wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen.
- (6) Die Verbandsmitglieder haben den Zweckverband unverzüglich über Entwicklungen in Kenntnis zu setzen, die sich auf die Anlagen auswirken, deren Wirksamkeit beeinträchtigen oder die Erfüllung von Verbandsaufgaben erschweren können.
- (7) Erfordern Maßnahmen eines Verbandsmitglieds, z.B. Bau von Straßen oder Plätzen, eine Änderung der Anlagen (nicht Erneuerung), trägt das Verbandsmitglied die Kosten für die notwendige Änderung der Anlagen. Soweit die Maßnahme auch im Interesse des Zweckverbandes liegt, trägt er einen angemessenen Kostenanteil.
- (8) Alte Abwasserrechte (Nutzungsgenehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Befugnisse) der Verbandsmitglieder gehen im Rahmen seiner Aufgabenbefugnis auf den Zweckverband über.

§ 4 Beteiligungsquoten

Die Beteiligungsquoten der Verbandsmitglieder entsprechen dem Verhältnis der Einwohnerzahl ihrer zum Verbandsgebiet gehörenden Gemeindeteile zur Gesamteinwohnerzahl im Verbandsgebiet. Maßgebend ist die vom Statistischen Landesamt zum 30. Juni des Vorjahres fortgeschriebene Einwohnerzahl. Für Verbandsmitglieder, die nicht mit dem gesamten Gemeindegebiet dem Zweckverband angehören, gilt als maßgebliche Einwohnerzahl die Zahl der Einwohner mit Hauptwohnsitz, die das zuständige Einwohnermeldeamt des jeweiligen Verbandsmitgliedes per 30. Juni des Vorjahres für dieses Gebiet erfasst hat. Jedes Verbandsmitglied teilt dem Zweckverband jährlich bis 31. Juli diese Einwohnerzahl schriftlich mit.

§ 5 Organe des Zweckverbandes

Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung (§ 6 ff. dieser Satzung) und der/die Verbandsvorsitzende (§ 10 dieser Satzung).

§ 6 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung besteht aus den Bürgermeistern der Verbandsmitglieder sowie den weiteren Vertretern der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat neben dem Bürgermeister mindestens einen weiteren Vertreter in der Verbandsversammlung. Verbandsmitglieder mit mehr als 1.000 Einwohnern entsenden je angefangene weitere 1.000 Einwohner einen weiteren Vertreter in die Verbandsversammlung. Berechnungsgrundlage ist die für die Beteiligungsquote (§ 4 dieser Satzung) maßgebliche Einwohnerzahl.
- (2) Folgende Begriffsbestimmungen gelten für diese Satzung:
 - Die Bürgermeister der Verbandsmitglieder werden als „Bürgermeister oder gesetzliche Vertreter der Verbandsmitglieder“ bezeichnet.
 - Die weiteren Vertreter der Verbandsmitglieder werden als „weitere Vertreter der Verbandsmitglieder“ bezeichnet.
 - Die Bürgermeister der Verbandsmitglieder und die weiteren Vertreter der Verbandsmitglieder werden zusammen als „alle Vertreter (in) der Verbandsversammlung“ oder „Vertreter (in) der Verbandsversammlung“ bezeichnet.
- (3) Die gesetzlichen Vertreter der Verbandsmitglieder werden im Verhinderungsfall von ihrem Stellvertreter im Sinne von §§ 54 Absatz 1, 55 SächsGemO oder einem von ihm beauftragten Bediensteten der Gemeinde nach § 59 Absatz 1 SächsGemO vertreten. Für die gesetzlichen Vertreter der Verbandsmitglieder endet die Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung mit Ende des kommunalen Wahlamtes.
- (4) Die weiteren Vertreter eines Verbandsmitgliedes und deren Stellvertreter werden vom jeweiligen Gemeinderat für die Dauer der Wahlperiode des jeweiligen Gemeinderates aus der Mitte des jeweiligen Gemeinderates gewählt. Nach Ablauf einer Wahlperiode nehmen die bisherigen weiteren Vertreter ihr Amt im Zweckverband bis zum Amtsantritt der neuen weiteren Vertreter wahr.
- (5) Scheidet ein weiterer Vertreter eines Verbandsmitgliedes aus dem jeweiligen Gemeinderat aus, durch den er in die Verbandsversammlung entsandt worden war, so endet mit diesem Ausscheiden auch seine Zugehörigkeit zur Verbandsversammlung. Der ausgeschiedene Vertreter eines Verbandsmitgliedes ist für den Rest der Wahlperiode durch einen neuen Vertreter entsprechend Absatz 3 Satz 1 zu ersetzen.
- (6) Bei Ausscheiden, Ausschluss oder Wegfall eines Verbandsmitgliedes nach § 18 dieser Satzung ist die Vertreter- und Stimmzahl entsprechend neu festzulegen.

- (7) Alle Vertreter in der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig. Sie können zur pauschalen Abgeltung ihrer Aufwendungen eine Aufwandsentschädigung entsprechend den Bestimmungen in einer Entschädigungssatzung erhalten.
- (8) Jedes Verbandsmitglied hat so viele Stimmen wie Vertreter in der Verbandsversammlung. Mehrere Stimmen eines Verbandsmitgliedes können nur einheitlich abgegeben werden. Ohne Rücksicht auf die Zahl seiner in der Sitzung anwesenden Vertreter in der Verbandsversammlung steht dem einzelnen Verbandsmitglied die volle Stimmenzahl zu. Stimmführer ist der Bürgermeister, im Falle seiner Verhinderung sein allgemeiner Stellvertreter oder ein von ihm beauftragter Vertreter der Gemeinde.

§ 7

Aufgaben und Zuständigkeiten der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht der Verbandsvorsitzende kraft Gesetzes, nach dieser Satzung oder auf Grund eines besonderen Beschlusses der Verbandsversammlung zuständig ist.
- (2) Die Verbandsversammlung ist insbesondere zuständig für die Beschlussfassung über:
1. Erlass, Änderung oder Aufhebung der Verbandssatzung,
 2. Erlass, die Änderung und die Aufhebung sonstiger Satzungen und Abwasserbeseitigungsbedingungen des Zweckverbandes,
 3. Festsetzung und Änderung des Wirtschaftsplanes mit der Haushaltssatzung (einschließlich Stellenplan und sonstiger Anlagen) und Nachtragssatzung,
 4. Festsetzung der Verbandsumlagen,
 5. Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters,
 6. Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten,
 7. Organisatorische und personelle Verbandsangelegenheiten, insbesondere Einstellung, Beförderung und Entlassung von Angestellten und Arbeitern des Zweckverbandes,
 8. Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Verbandsvorsitzenden und die Auswahl des Wirtschaftsprüfers für den Jahresabschluss,
 9. Verträge über eine Übertragung der Aufgabenerfüllung durch Dritte und den daraus resultierenden Verpflichtungen (insbesondere Verträge über die kaufmännische bzw. technische Betriebsführung im Rahmen eines Betriebsführungsvertrages) unbeschadet der Ausführungen und Wertgrenzen dieser Satzung,
 10. Bestellung von Sicherheiten, Übernahme von Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen sowie diesen gleichkommende Rechtsgeschäfte, soweit diese einen Wertumfang von € 2.500 überschreiten,
 11. Verfügung über Verbandsvermögen von mehr als € 5.000,
 12. Gewährung von Darlehen und Zuschüssen von mehr als € 5.000,
 13. Erlass von Ansprüchen des Zweckverbandes und Niederschlagung solcher Ansprüche im Wert von mehr als € 1.000,
 14. Stundung von Ansprüchen des Zweckverbandes im Wert von mehr als € 10.000,
 15. Führung von Rechtsstreitigkeiten und Abschluss von Vergleichen, sofern der Streitwert € 10.000 übersteigt oder der Wert des Nachgebens € 2.500 übersteigt,
 16. Vergabe von Aufträgen, welche die im Wirtschaftsplan dafür festgelegten Ausgaben um mehr als € 5.000 überschreiten,
 17. Aufnahme von neuen Verbandsmitgliedern und die Erweiterung des

- Entsorgungsgebietes sowie die Erweiterung der Aufgaben,
18. Auflösung des Zweckverbandes bzw. den Ausschluss und das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern,
 19. sonstige Angelegenheiten, die wegen ihrer besonderen Bedeutung für den Zweckverband vom Verbandsvorsitzenden der Verbandsversammlung zur Entscheidung vorgelegt werden oder deren Vorlage die Verbandsversammlung verlangt,
 20. Technische Konzeption zum Bau und zur Unterhaltung der Ortskanalisation für das Verbandsgebiet,
 21. Bildung und Auflösung von Ausschüssen der Verbandsversammlung.

§ 8

Geschäftsgang, Beschlüsse und Wahlen der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert, mindestens jedoch einmal jährlich. Die Verbandsversammlung ist unverzüglich einzuberufen, wenn ein Verbandsmitglied oder der Verbandsvorsitzende dies unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt. Dies gilt nicht, wenn die Verbandsversammlung den gleichen Verhandlungsgegenstand innerhalb der letzten sechs Monate bereits behandelt hat oder wenn sich seit der Behandlung die Sach- und Rechtslage nicht wesentlich geändert hat. Der Verhandlungsgegenstand muss in die Zuständigkeit der Verbandsversammlung fallen.
- (2) Der Verbandsvorsitzende beruft die Verbandsversammlung schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Dabei sind die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen. Zwischen Zugang der Ladung und dem Sitzungstag muss mindestens eine Woche liegen. In Eilfällen kann der Verbandsvorsitzende die Verbandsversammlung ohne Frist, formlos und unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen. Zeit, Ort und Tagesordnung der öffentlichen Sitzungen der Verbandsversammlung sind rechtzeitig ortsüblich bekannt zu geben. Dies gilt nicht bei der Einberufung der Verbandsversammlung in Eilfällen.
- (3) Die Verbandsversammlung ist – sofern durch Gesetz oder in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist - beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen ist, mindestens die Hälfte aller Verbandsmitglieder und mindestens die Hälfte aller Vertreter in der Verbandsversammlung vertreten und stimmberechtigt ist.
- (4) Auf die Verbandsversammlung finden die Bestimmungen der SächsGemO über den Gemeinderat entsprechende Anwendung, soweit der § 6 SächsKomZG oder diese Satzung keine abweichenden Bestimmungen enthalten.

§ 9

Niederschrift

- (1) Über den wesentlichen Inhalt der Sitzungen der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie muss insbesondere den Namen des Sitzungsleiters, die Zahl der anwesenden und die Namen der abwesenden Vertreter in der Verbandsversammlung unter Angabe des Grundes der Abwesenheit, die Verhandlungsgegenstände und den Wortlaut der Beschlüsse enthalten. Der Verbandsvorsitzende und jeder Vertreter in der Verbandsversammlung können

verlangen, dass ihre Erklärung oder Abstimmung in der Niederschrift festgehalten wird.

- (2) Die Niederschrift ist vom Verbandsvorsitzenden, zwei Vertretern der Verbandsversammlung, die an der Sitzung teilgenommen haben und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Sie ist innerhalb eines Monats, in der Regel jedoch spätestens zur nächsten Sitzung der Verbandsversammlung, allen Vertretern der Verbandsversammlung zur Kenntnis zu bringen. Über die gegen die Niederschrift vorgebrachten Einwendungen entscheidet die Verbandsversammlung.

§ 10

Verbandsvorsitzender

- (1) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus ihrer Mitte für die Dauer von 5 Jahren bzw., wenn sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes sind, für die Dauer ihres kommunalen Wahlamtes gewählt. Verbandsvorsitzender soll gemäß § 56 Absatz 1 Satz 3 SächsKomZG ein Bürgermeister einer Gemeinde sein. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung erhalten hat. Entfällt auf keinen Bewerber die Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung, findet ein zweiter Wahlgang statt, bei dem der Bewerber gewählt ist, auf den die Mehrheit der abgegebenen Stimmen aller Vertreter in Verbandsversammlung entfällt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.
- (2) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter üben ihr Amt nach Ablauf der Zeit, für die sie gewählt sind, bis zum Antritt des neu gewählten Vorsitzenden oder Stellvertreters aus. Scheidet der Verbandsvorsitzende oder ein Stellvertreter aus der Verbandsversammlung vorzeitig aus, endet auch sein Amt als Vorsitzender oder Stellvertreter. Die Verbandsversammlung hat für die restliche Amtszeit einen neuen Vorsitzenden oder Stellvertreter nach den Bestimmungen des Absatzes 1 zu wählen.
- (3) Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig.
- (4) Der Verbandsvorsitzende ist der gesetzliche Vertreter des Zweckverbandes. Er ist Leiter der Verbandsverwaltung und Vorsitzender der Verbandsversammlung.
- (5) Der Verbandsvorsitzende hat die Verbandsversammlung über alle wichtigen Angelegenheiten des Verbandes zu unterrichten.
- (6) In dringenden Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden und deren Erledigung auch nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einberufenen Verbandsversammlung aufgeschoben werden können, entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle der Verbandsversammlung. Die Gründe für diese Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind der Verbandsversammlung unverzüglich mitzuteilen.
- (7) Der Verbandsvorsitzende vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er bereitet die Sitzungen der Verbandsversammlung vor und beruft die Verbandsversammlung ein.
- (8) Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und ihm sonst durch Gesetz, durch diese Satzung oder durch Beschluss der Verbandsversammlung übertragenen Aufgaben. Er kann einzelne

seiner Befugnisse seinem Stellvertreter oder laufende Verwaltungsangelegenheiten Bediensteten oder einem Erfüllungsgehilfen des Zweckverbandes übertragen.

- (9) Der Verbandsvorsitzende entscheidet in eigener Zuständigkeit, soweit es sich nicht bereits um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, über:
1. den Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art unterhalb der Zuständigkeiten der Verbandsversammlung,
 2. den Erlass, die Niederschlagung und die Stundung von Forderungen außerhalb der Zuständigkeiten der Verbandsversammlung,
 3. Verfügungen über bewegliches Anlagevermögen unterhalb der Zuständigkeiten der Verbandsversammlung,
 4. die Führung von Rechtsstreitigkeiten sowie der Abschluss von Vergleichen unterhalb der Zuständigkeiten der Verbandsversammlung,
 5. die Vergabe von Aufträgen aller Art unterhalb der Zuständigkeiten der Verbandsversammlung,
 6. die Aufnahme und Umschuldung von Darlehen im Rahmen des von der Verbandsversammlung beschlossenen und (soweit erforderlich) von der Rechtsaufsichtsbehörde genehmigten Gesamtbetrages des Wirtschaftsplanes.

§ 11

Bedienstete des Zweckverbandes

- (1) Der Verband kann zur Erledigung seiner Aufgaben hauptamtlich Bedienstete beschäftigen oder diese an Bedienstete anderer kommunaler Körperschaften oder Dritten übertragen.
- (2) Soweit die Geschäftsführung einem Dritten übertragen wurde (Geschäftsführung), führt dieser/ diese die laufenden Verwaltungsangelegenheiten des Zweckverbandes durch, soweit sie nicht nach dieser Satzung der Verbandsversammlung oder dem Verbandsvorsitzenden vorbehalten sind.
- (3) Die Verbandsversammlung kann der Geschäftsführung im Rahmen ihrer gesetzlichen und mit dieser Satzung bestimmten Befugnisse weitere Aufgaben oder Aufgabengebiete vorübergehend oder zur dauernden selbstständigen Erledigung übertragen.
- (4) Die Geschäftsführung ist verpflichtet, an den Verbandsversammlungen teilzunehmen.

§ 12

Wirtschaftsführung

- (1) Auf die Wirtschaftsführung des Zweckverbandes finden die für den Eigenbetrieb geltenden Vorschriften nach Maßgabe des § 58 Absatz 2 SächsKomZG unmittelbare Anwendung.
- (2) Wirtschaftsjahr des Zweckverbandes ist das Kalenderjahr.
- (3) Der Zweckverband führt eine örtliche Prüfung seines Jahresabschlusses nach § 17 Absatz 2 SächsEigBG durch. Zur Durchführung der örtlichen Prüfung nach § 105 SächsGemO bedient sich der Zweckverband eines Wirtschaftsprüfers. Der Zweckverband errichtet somit kein eigenes Rechnungsprüfungsamt gemäß § 59 Absatz 1 Ziffer 2 SächsKomZG.

§ 13 **Deckung des Finanzbedarfs**

- (1) Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird durch Abgaben in Form von Gebühren und Beiträgen, staatlichen Beihilfen, Umlagen sowie die Aufnahme von Darlehen gedeckt.
- (2) Der Zweckverband erhebt von den Anschlussnehmern und sonstigen Pflichtigen Abgaben in Form von Gebühren und Beiträgen auf Grundlage gesonderter Satzungen nach den gesetzlichen Vorschriften.
- (3) Der Zweckverband kann von seinen Verbandsmitgliedern Umlagen für die Straßenentwässerung gemäß §§ 14 und 15 dieser Satzung sowie eine allgemeine Umlage gemäß § 16 dieser Satzung erheben.
- (4) Rückständige Umlagen werden mit zwei vom Hundert über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB verzinst.

§ 14 **Besondere Investitionsumlage für die Straßenentwässerung**

- (1) Zur Deckung der auf die Abwasserbeseitigung (einschließlich der Abwasserreinigung) der angeschlossenen Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten entfallenden und nicht anderweitig gedeckten Investitionsanteile (§ 11 Absatz 3 Sächsisches Kommunalabgabengesetz – SächsKAG) leisten die Verbandsmitglieder eine besondere Investitionsumlage für die Straßenentwässerung, sobald eine Maßnahme abgeschlossen ist. Die Umlagen werden im Wirtschaftsplan für jedes Wirtschaftsjahr veranschlagt und in der Haushaltssatzung festgesetzt. Auf die Umlage können angemessene Vorausleistungen erhoben werden. Die Umlagebeträge sind von den Verbandsmitgliedern durch schriftlichen Umlagebescheid zu erheben und werden einen Monat nach Bekanntgabe des Umlagebescheides zur Zahlung fällig.
- (2) Der auf die Straßenentwässerung entfallende Anteil der Investitionen und damit der umzulegende Betrag wird pauschal durch den Ansatz folgender Vomhundertsätze auf den vollen Herstellungsaufwand bzw. bei gemeinsam genutzten Anlagen auf den anteiligen Herstellungsaufwand der folgenden Abwasserbeseitigungsanlagen ermittelt:
 - 25 vom Hundert für Kanalanlagen im Mischsystem (Ortskanäle sowie Sammler und Zuleiter, die auch Niederschlagswasser in erheblichem Umfang abführen, das dem Reinigungsprozess im Klärwerk nicht unterzogen wird) einschließlich der Regenbecken (Regenüberlaufbecken, Regenrückhaltebecken, Regenklärbecken) im Mischsystem,
 - 5 vom Hundert für das Klärwerk sowie für Sammler und Zuleiter, wenn diese Niederschlagswasser nur insoweit abführen, als dieses im Klärwerk einem Reinigungsprozess unterzogen wird,
 - 50 vom Hundert für Regenwasserkanäle, Regenrückhaltebecken und Regenklärbecken im Trennsystem.

Auf Klärwerke einschließlich Sammler und Zuleiter entfällt kein Straßenentwässerungskostenanteil, wenn im Trennsystem keine Niederschlagswasserbehandlung stattfindet oder diese in besonderen Regenklärbecken geschieht. Anlagen, die dem Verband kostenlos übertragen worden

sind, bleiben bei der Ermittlung der investiven Straßenentwässerungskostenanteile außer Betracht.

- (3) Soweit der Zweckverband in der Vergangenheit Investitionen getätigt oder bestehende Anlagen gegen Entgelt übernommen hat, werden die Straßenentwässerungskostenanteile an den Investitionen nach den in den Absätzen 1 und 2 vereinbarten Grundsätzen noch ermittelt und ausgeglichen, soweit das noch nicht geschehen ist. Soweit das Verbandsmitglied Zahlungen gemäß § 23 Absatz 5 SächsStrG wegen dieser Maßnahme geleistet hat, werden diese angerechnet.
- (4) Die Straßenentwässerungsinvestitionsumlage wird für jedes Verbandsmitglied gesondert ermittelt. Danach wird der nach den vorstehenden Absätzen ermittelte Straßenentwässerungskostenanteil für jede Anlage des Zweckverbandes, welche der Straßenentwässerung dient, auf die Verbandsmitglieder danach aufgeteilt, wem die Investition für die Straßenentwässerung jeweils zugute kommt. Die auf die Straßenentwässerung entfallenden Investitionsanteile in Kanäle mit Ausnahme der Investitionen in überörtliche Sammler und Zuleiter sind dabei von demjenigen Verbandsmitglied zu tragen, auf dessen Gemeindegebiet die Kanäle belegen sind. Die Summe aller für jedes Verbandsmitglied ermittelten Straßenentwässerungskostenanteile ist die Straßenentwässerungsinvestitionsumlage.
- (5) Öffentliche Straßen im Sinne der vorstehenden Absätze sind alle öffentlichen Straßen und Wege im Sinne des § 1 Absatz 1 und 2 des Bundesfernstraßengesetzes und des § 2 Absatz 1 des SächsStrG, unabhängig von der Straßenbaulast, die im Gemeindegebiet des (§ 1 Absatz 4 dieser Satzung) des jeweiligen Verbandsmitgliedes liegen und von denen unmittelbar oder mittelbar (d.h. über andere Straßen oder Anlagen) Niederschlagswasser in öffentliche Abwasseranlagen des Zweckverbandes eingeleitet werden.
- (6) Die von den Straßenbaulastträgern gemäß § 2 Absatz 4 Satz 2 dieser Satzung an den Zweckverband zu zahlenden Kostenbeteiligungen werden entsprechend der Belegenheit der Ortsdurchfahrten auf die Straßenentwässerungsinvestitionsumlage der einzelnen Verbandsmitglieder angerechnet.

§ 15

Besondere Betriebs- und Unterhaltungsumlage für die Straßenentwässerung

- (1) Zur Deckung der auf die Abwasserbeseitigung (einschließlich Abwasserreinigung) der angeschlossenen Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten entfallenden und nicht anderweitig gedeckten Kosten (Betriebs- und Unterhaltungskosten) leisten die Verbandsmitglieder jährlich eine besondere Umlage für die Straßenentwässerung. Der Gesamtbetrag der Umlage für Straßenentwässerungskosten wird jährlich entsprechend dem ermittelten Durchschnittsbetrag des Zeitraumes der gültigen Gebührenkalkulation festgesetzt. Die Umlagen werden im Wirtschaftsplan für jedes Wirtschaftsjahr veranschlagt und in der Haushaltssatzung festgesetzt. Auf die Umlage können angemessene Vorausleistungen erhoben werden. Die Umlagebeträge sind von den Verbandsmitgliedern durch schriftlichen Umlagebescheid zu erheben und werden einen Monat nach Bekanntgabe des Umlagebescheides zur Zahlung fällig.
- (2) Maßstab für die Berechnung der auf das jeweilige Verbandsmitglied entfallenden Umlage nach Absatz 1 ist die Einwohnerzahl des jeweiligen Verbandsmitglieds

entsprechend § 4 dieser Satzung. Bei der Festsetzung der Umlagen ist die Berechnung des zu deckenden Finanzbedarfs und die Höhe des Umlagebetrages für jedes Verbandsmitglied auszuweisen.

- (3) Anlagen, die dem Zweckverband kostenlos übertragen worden sind, werden bei der Ermittlung der Straßenentwässerungskostenanteile an den Betriebs- und Unterhaltungskosten und somit bei der Straßenentwässerungsunterhaltungsumlage mit eingerechnet.

§ 16

Finanzbedarf, Allgemeine Umlage

- (1) Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird, soweit seine übrigen Einnahmen und besonderen Umlagen nach §§ 14 und 15 dieser Satzung nicht ausreichen, durch eine allgemeine Umlage gedeckt.
- (2) Bringen die Verbandsmitglieder Leistungen gegen Entgelt in den Zweckverband ein, welche nicht bereits anderweitig vergütet oder verrechnet wurden, werden die dafür nachgewiesenen Kosten auf die allgemeine Umlage des jeweiligen Verbandsmitgliedes angerechnet.
- (3) Bemessungsmaßstab für die allgemeine Umlage für jedes Verbandsmitglied ist die Beteiligungsquote nach § 4 dieser Satzung. Die Umlage wird entsprechend der Gebührenkalkulation im Wirtschaftsplan für jedes Wirtschaftsjahr veranschlagt und in der Haushaltssatzung festgesetzt. Auf die zu zahlende Umlage können per Bescheid Vorauszahlungen erhoben werden, soweit dies zur Sicherung der Kassenliquidität notwendig wird.
- (4) Der Umlagebetrag ist von den Verbandsmitgliedern durch schriftlichen Umlagebescheid rechtzeitig zu erheben und wird einen Monat nach Bekanntgabe des Umlagebescheides zur Zahlung fällig. Bei der Festsetzung der Umlage ist die Berechnung des zu deckenden Finanzbedarfs und die Höhe des Umlagebetrages für jedes Verbandsmitglied auszuweisen.

§ 17

Änderung der Verbandssatzung

Änderungen der Verbandssatzung werden von der Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung beschlossen. Jegliche Änderungen der Verbandssatzung bedürfen der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

§ 18

Neuaufnahme, Ausscheiden und Ausschluss von Verbandsmitgliedern

- (1) Über die Aufnahme eines weiteren Verbandsmitglieds und über die Erweiterung des Verbandsgebietes des Zweckverbandes entscheidet die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung. Der Beitritt weiterer Verbandsmitglieder und die Erweiterung des Verbandsgebietes bedürfen einer Änderung dieser Satzung. Über die Aufnahmebedingungen, bsp. Beteiligungsquote und Auswirkungen auf das

Stimmrecht, entscheidet die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung. Bei der Aufnahme weiterer Verbandsmitglieder sind insbesondere die wirtschaftliche Situation des neuen Verbandsmitglieds und die wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Zweckverband von Bedeutung.

- (2) Das Ausscheiden eines Verbandsmitgliedes aus dem Zweckverband ist auf dessen Antrag zulässig, wenn die Verbandsversammlung dem Antrag mit einer Mehrheit von mindestens 3/4 der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung zustimmt und Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen. Die Zustimmung der Verbandsversammlung kann verweigert werden, wenn die weitere Aufgabenerfüllung des Zweckverbandes durch das Ausscheiden nachhaltig gefährdet wird. Der Austritt eines Verbandsmitgliedes muss schriftlich beim Verbandsvorsitzenden beantragt werden. Das ausscheidende Verbandsmitglied haftet für die bis zu seinem Ausscheiden entstandenen Verbindlichkeiten des Zweckverbandes weiter. Das Ausscheiden eines Verbandsmitgliedes bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde und einer Änderung dieser Satzung.
- (3) Das ausscheidende Verbandsmitglied hat keinen Rechtsanspruch auf Übertragung von anteiligem, durch den Zweckverband geschaffenem Vermögen.
- (4) Der Zweckverband kann dem ausscheidenden Verbandsmitglied die auf seinem Gebiet belegenen örtlichen Anlagen, Einrichtungen und Grundstücke, die der Zweckverband zur Erfüllung seiner verbleibenden Aufgaben nicht benötigt, zum Restbuchwert anhand der Daten der Vermögensverwaltung des Zweckverbandes übertragen, sofern diese Einrichtungsteile im Eigentum des Zweckverbandes stehen. Wird der Übertragungswert der Einrichtungsteile vom ausscheidenden Verbandsmitglied nicht anerkannt, ist der Wert von einem unabhängigen Sachverständigen bindend festzustellen; die Kosten hierfür trägt das ausscheidende Verbandsmitglied. Soweit der Zweckverband die Vermögensgegenstände unentgeltlich erhalten hat, sind sie dem ausscheidenden Verbandsmitglied unentgeltlich zu übertragen. Ertragszuschüsse und Zuweisungen sind zum Auflösungsrest, Kapitalzuschüsse, Beiträge und Vorauszahlungen auf die voraussichtliche Beitragsschuld zum Nominalwert und die von den Anschlussnehmern geleisteten Hausanschlusskosten zum Restbuchwert in Abzug zu bringen.
- (5) Unbeschadet Absatz 4 gehen Verbandsanlagen, die nur den Einwohnern des ausscheidenden Verbandsmitgliedes dienen, und die hierauf entfallenden Verbindlichkeiten auf das ausscheidende Verbandsmitglied über, soweit der Zweckverband Eigentümer der Einrichtungsteile ist.
- (6) Notwendige Leitungsrechte des Zweckverbandes zur Abwasserbeseitigung anderer Verbandsmitglieder sind vor dem Ausscheiden zu sichern.
- (7) Die Absätze 2 bis 6 gelten sinngemäß, soweit die Verbandsversammlung aus Gründen des öffentlichen Wohles den Ausschluss eines Verbandsmitgliedes beschließt.

§ 19

Vereinigung von Zweckverbänden

- (1) Die Vereinigung mit einem oder mehreren anderen Zweckverbänden bedarf der Beschlussfassung durch die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von mindestens 3/4 der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung.
- (2) Bei der Vereinigung des Zweckverbandes mit oder seiner Eingliederung in einen anderen Zweckverband kann jedes Verbandsmitglied aus wichtigem Grund sein Ausscheiden aus dem neuen Zweckverband erklären. Das Ausscheiden ist durch Beschluss des Zweckverbandes in Abweichung zum § 18 Absatz 2 dieser Satzung mit einfacher Mehrheit aller Vertreter in der Verbandsversammlung festzustellen.
- (3) Im Übrigen gelten die Festlegungen des § 18 Absatz 2 Satz 5, Absatz 3 und Absatz 4 dieser Satzung.

§ 20

Auflösung des Zweckverbandes

- (1) Die Auflösung des Zweckverbandes bedarf der Beschlussfassung mit einer Mehrheit von mindestens 3/4 der Stimmen aller Vertreter in der Verbandsversammlung.
- (2) Bei der Auflösung werden Anlagevermögen und die verbleibenden Verbindlichkeiten, welche der Zweckverband zur Finanzierung des Verbandsvermögens aufgenommen hat, auf die Verbandsmitglieder aufgeteilt, es sei denn, der Auflösungsbeschluss der Verbandsversammlung bestimmt einen Gesamtrechtsnachfolger, der durch die Verbandsmitglieder bestätigt wird. Die Aufteilung ist nach dem Verhältnis der Inanspruchnahme der Verbandseinrichtungen durch die Anschlussnehmer in den Gebieten der Verbandsmitglieder so vorzunehmen, dass auch künftig die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung gewährleistet ist. Die Zuordnung sonstigen Finanzvermögens und etwaiger Rücklagen, des Personals sowie nicht verbrauchter Sachmittel, Vorräte etc. richtet sich nach dem zu ganzen Zahlen gerundeten Verhältnis des zugeordneten Vermögens zu Restbuchwerten. Die Zuordnung von Beteiligungen und sonstigem Finanzvermögen orientiert sich an der Beteiligungsquote nach § 4 dieser Satzung.
- (3) Die Verbandsmitglieder verpflichten sich, im Falle der Auflösung des Zweckverbandes eine einvernehmliche Lösung zur Übernahme des Personals in die Verwaltungen der einzelnen Verbandsmitglieder herbeizuführen.
- (4) Soweit Investitionen des Zweckverbandes durch Dritte anteilig mitfinanziert worden sind, sind diese Zuschüsse entsprechend der getätigten Investition dem jeweiligen Verbandsmitglied zuzuordnen. Soweit eine Zuordnung im Sinne des Satzes 1 nicht möglich ist, erfolgt die Zuordnung nach der Beteiligungsquote nach § 4 dieser Satzung.
- (5) Der Zweckverband besteht nach seiner Auflösung solange fort, solange es die Abwicklung erfordert. Über die zur Abwicklung notwendigen Maßnahmen entscheidet die Verbandsversammlung.
- (6) Der Zweckverband ist aufgelöst, wenn seine Aufgaben vollständig auf eine andere Körperschaft des öffentlichen Rechts übergehen oder wenn er nur noch aus einem

Verbandsmitglied besteht. Im letzteren Fall tritt das Verbandsmitglied an die Stelle des Zweckverbandes.

§ 21

Öffentliche Bekanntmachung und ortsübliche Bekanntgabe

Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen, soweit keine besonderen gesetzlichen Bestimmungen bestehen, durch Veröffentlichungen im Amtsblatt der Großen Kreisstadt Delitzsch und des Landkreises Nordsachsen. Die ortsübliche Bekanntmachung erfolgt entsprechend der öffentlichen Bekanntgabe nach Satz 1.

§ 22

Ersatzbekanntmachung

Pläne oder zeichnerische Darstellungen, insbesondere Karten, Bestandteile einer Rechtsverordnung oder Satzung können dadurch öffentlich bekannt gemacht werden, dass

1. ihr wesentlicher Inhalt in der Rechtsverordnung oder Satzung umschrieben wird,
2. sie in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes in Schönwölkau, Ortsteil Wölkau, Parkstraße 11, zur kostenlosen Einsicht durch Jedermann während der Sprechzeiten, mindestens aber wöchentlich 20 Stunden, für die Dauer von mindestens zwei Wochen niedergelegt werden und
3. hierauf bei der Bekanntmachung der Rechtsverordnung oder Satzung hingewiesen wird.

§ 23

Notbekanntmachung

- (1) Erscheint eine rechtzeitige Bekanntmachung in der nach § 21 und § 22 dieser Satzung vorgeschriebenen Form nicht möglich, erfolgt die öffentliche Bekanntmachung durch Veröffentlichung in der Tageszeitung „Leipziger Volkszeitung“, Ausgabe Delitzsch - Eilenburg.
- (2) Die Bekanntmachung ist unverzüglich nach Wegfall des Hindernisses in der nach § 21 und § 22 dieser Satzung vorgeschriebenen Form zu wiederholen, wenn sie nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.

§ 24

Vollzug der Bekanntmachung

- (1) Die öffentliche Bekanntmachung im Sinne des § 21 dieser Satzung ist mit Ablauf des Erscheinungstages des Amtsblattes vollzogen. Sind mehrere Amtsblätter oder Zeitungen bestimmt, so ist die öffentliche Bekanntmachung mit Ablauf des Tages vollzogen, an dem das letzte Amtsblatt oder die letzte Zeitung mit der Bekanntmachung erscheint.
Die Ersatzbekanntmachung nach § 22 dieser Satzung ist mit Ablauf der Niederlegungsfrist nach § 22 Nr. 2 dieser Satzung vollzogen.

Die Notbekanntmachung ist mit ihrer Durchführung nach § 23 dieser Satzung vollzogen.

- (2) Der Vollzug der Bekanntmachung ist in den Akten nachzuweisen.

§ 25 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.
- (2) Die Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Unteres Leinetal vom 14. Februar 2003, in der Fassung der 5. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Abwasserzweckverbandes Unteres Leinetal vom 11. August 2010, tritt am gleichen Tag im Sinne von Absatz 1 außer Kraft.

Schönwölkau, den 29. März 2011

Tiefensee
Verbandsvorsitzender



ausgefertigt am 06.04.2011

Tiefensee
Verbandsvorsitzender



Siegel des Verbandes

Bekanntmachungsvermerk

(Hinweis nach § 4 Absatz 4 SächsGemO)

Nach §§ 47 Absatz 2 Satz 1, 6 Absatz 1 SächsKomZG i.V.m. § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der SächsGemO zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen.

Dies gilt nach §§ 47 Absatz 2 Satz 1, 6 Absatz 1 SächsKomZG i.V.m. § 4 Absatz 4 Satz 2 SächsGemO nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigungen oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 47 Absatz 2 Satz 1, § 6 Absatz 1 SächsKomZG i.V.m. § 52 Absatz 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 47 Absatz 2 Satz 1, § 6 Absatz 1 SächsKomZG i.V.m. § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschriften gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den §§ 47 Absatz 2 Satz 1, 6 Absatz 1 SächsKomZG i. V. m. § 4 Absatz 4 Satz 2 Ziffer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 47 Absatz 2 Satz 1, § 6 Absatz 1 SächsKomZG i.V.m. § 4 Absatz 4 Satz 1 SächsGemO genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.